



# HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2026

Plenum

## Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### **Wissenschaftliche Demokratieforschung stärken - Aktivismus im Hochschulgewand unterbinden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die liberale Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit unter erheblichem Druck steht. Autoritäre Regime, Antisemitismus, Extremismus und politische Polarisierung fordern die Institutionen der liberalen Demokratie heraus. Freie Wissenschaft, politische Bildung und evidenzbasierte Forschung leisten einen wichtigen Beitrag, um diese Entwicklungen besser zu verstehen. Gerade deshalb muss Demokratieforschung wissenschaftlich unabhängig, methodisch sauber, plural und ergebnisoffen erfolgen. Sie darf nicht mit politischem Aktivismus verwechselt werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Programm „Stärkung der Demokratieforschung Hessen“ so weiterzuentwickeln, dass wissenschaftliche Demokratieforschung klar von parteipolitischen, kampagnenförmiger oder aktivistischer Tätigkeit abgegrenzt wird. Förderfähig sollen nur Vorhaben sein, die wissenschaftlichen Standards entsprechen, eine überprüfbare Fragestellung verfolgen, methodisch nachvollziehbar arbeiten und die Freiheit von Forschung und Lehre achten. Eine Finanzierung politischer Mobilisierung, einseitiger Kampagnen oder weltanschaulicher Einflussnahme an Hochschulen aus Mitteln der Forschungsförderung ist auszuschließen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine Zwischenbilanz des Programms vorzulegen. Diese soll insbesondere darstellen, welche Förderlinien bislang in Anspruch genommen wurden, wie viele Anträge eingingen, welche Mittel bewilligt und tatsächlich abgeflossen sind, welche Auswahlkriterien angewandt wurden und welche wissenschaftlichen Ergebnisse oder Strukturen entstanden sind. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Vielzahl der Förderlinien zweckmäßig ist oder ob eine Konzentration auf nachweislich wirksame und wissenschaftlich tragfähige Formate sinnvoller wäre.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Hessischen Landtag jährlich einen Transparenzbericht über den Einsatz der Mittel des Programms vorzulegen und dabei verbindliche Qualitäts- und Controllingstandards sicherzustellen. Der Bericht soll Förderempfänger, Fördersummen, Laufzeiten, Projektziele, Auswahlverfahren, Mittelabfluss und Evaluationsstand nachvollziehbar darstellen. Förderentscheidungen sollen sich an wissenschaftsgeleiteten Verfahren, externer Begutachtung, fachlicher Pluralität, dokumentierten Kriterien und offengelegten Interessenkonflikten orientieren.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, künftige Ausschreibungen im Bereich Demokratieforschung deutlich stärker auf die Erforschung von Antisemitismus, israelbezogenem Antisemitismus und der Delegitimierung des Staates Israel auszurichten. Dazu gehören insbesondere Forschung zu antisemitischer Radikalisierung, zur Wirkung israelfeindlicher Narrative, zur Verbreitung von Antisemitismus an Hochschulen, im digitalen Raum und in politischen Milieus sowie zu Schnittmengen zwischen Extremismus, Antizionismus und autoritärer Propaganda. Die Landesregierung soll sicherstellen, dass hierbei die Sicherheit jüdischen Lebens, die historische Verantwortung Deutschlands und das Existenzrecht Israels klare Bezugspunkte bleiben.

**Begründung:**

Eine wehrhafte liberale Demokratie braucht freie und leistungsfähige Wissenschaft. Demokratieforschung kann dazu beitragen, Extremismus, Antisemitismus, Polarisierung und autoritäre Entwicklungen besser zu verstehen. Voraussetzung dafür sind wissenschaftliche Unabhängigkeit, methodische Qualität, Ergebnisoffenheit und ein klarer Abstand zu politischer oder weltanschaulicher Mobilisierung.

Wo erhebliche öffentliche Mittel eingesetzt werden, sind zudem Transparenz, nachvollziehbare Auswahlverfahren und eine regelmäßige Erfolgskontrolle geboten. Eine Zwischenbilanz und ein jährlicher Transparenzbericht sollen deshalb sichtbar machen, welche wissenschaftlichen Ergebnisse mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden und ob die bestehenden Förderstrukturen zweckmäßig sind.

Angesichts der anhaltenden Bedeutung antisemitischer und israelfeindlicher Narrative soll zugleich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus, seiner Verbreitung und seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen gestärkt werden. Wissenschaftsfreiheit, Pluralität und eine konsequente Bekämpfung des Antisemitismus gehören dabei zusammen.

Wiesbaden, 22. September 2026

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Stefan Naas**